

Antrag der Fraktion der CDU**Koordinierungsstelle für den Opferschutz**

Opfer von Gewalttaten brauchen schnelle und kompetente Hilfe. Nach dem Opferentschädigungsgesetz haben sie einen Anspruch auf Entschädigung; häufig sind die Opfer jedoch traumatisiert und aus diesem Grund nicht in der Lage, ihren Anspruch beim zuständigen Gesundheitsamt geltend zu machen.

Neben dem Gesundheitsamt, der Polizei, der Justiz und der Notfallseelsorge ist in Bremen eine Vielzahl privater Einrichtungen und Organisationen im Opferschutz aktiv, die, wie zum Beispiel der Weiße Ring, in ihrem Bereich wertvolle Arbeit leisten. Bisher gibt es jedoch keine zentrale Stelle zur Koordinierung dieser Hilfsangebote.

Um die bremischen Akteure auf dem Gebiet des Opferschutzes besser zu vernetzen und den Opfern von Gewalttaten den Zugang zu den vorhandenen Hilfsangeboten zu erleichtern, soll ein Opferschutzbeauftragter als Koordinierungsstelle eingesetzt werden. Die Koordinierungsstelle ist bei einer der bereits bestehenden Einrichtungen anzusiedeln.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine zentrale Beratungs- und Koordinierungsstelle für den Opferschutz einzurichten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft (Landtag) zum 31. Januar 2011 einen Bericht über die Arbeit der Koordinierungsstelle vorzulegen.

Wilhelm Hinners, Dr. Rita Mohr-Lüllmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU